

Aufruf zur Ostermarsch-Kundgebung in Nordenham

Der Angriffskrieg der russischen Führung gegen die Ukraine ist ein völkerrechtswidriges Verbrechen. Wie jeder Krieg bringt auch dieser Krieg viel Elend über die Zivilbevölkerung. Unser Mitgefühl gilt den Opfern des Krieges und wir sehen in einer gastfreundlichen Aufnahme der Fliehenden einen Akt praktischer Solidarität.



Wir stellen fest, dass dieser Krieg auch dazu genutzt wird, eine Stimmung zu erzeugen, in der Fragen nach Sinn und Wirksamkeit politischer Maßnahmen nicht mehr gestellt werden.

100 Milliarden Euro sollen für die Bundeswehr bereitgestellt werden, um sie besser auszurüsten. Was soll davon angeschafft werden und warum hat der bisherige Etat nicht ausgereicht?

Ist eine weitere Bewaffnung überhaupt notwendig? Schließlich übersteigt der Rüstungsetat aller NATO-Staaten den Etat Russlands um ein Vielfaches. Und zeigen die gescheiterten Militäraktionen westlicher Staaten in Afghanistan, im Irak und in Libyen nicht, dass man aus ihnen erst Lehren ziehen sollte, bevor man auf die militärische Karte setzt?

Was versprechen sich Politiker:innen und Parlamentar:innen von der „atomaren Teilhabe“?

Wir fordern

- **einen Waffenstillstand und Friedensverhandlungen, die zu einem Rückzug der russischen Truppen aus der Ukraine führen und die die Intentionen des Vertrags Minsk II berücksichtigen**
- **eine gastfreundliche Aufnahme von Menschen aus aller Welt, die vor Krieg und Not fliehen**

Wir wenden uns

- **gegen das 100-Milliarden-Sondervermögen für Anschaffungen der Bundeswehr**
- **dagegen, dass mit der Erfüllung der NATO-Forderung, 2% des Bruttoinlandprodukts für Rüstung zu verwenden, noch mehr Geld verschwendet wird**
- **gegen die Anschaffung und Entwicklung von Kampfdrohnen**
- **gegen Waffenexporte**
- **gegen die Stationierung von Atomwaffen in Deutschland und den Wahnsinn der „atomaren Teilhabe“. Und wir treten ein für den Beitritt Deutschlands zum Atomwaffenverbotsvertrag der UNO**



Ein wichtiger Beitrag zum Widerstand gegen die geplante Hochrüstung ist dabei der Appell „Demokratie und Sozialstaat bewahren - keine Hochrüstung in Grundgesetz!“

Er kann hier unterschrieben werden: <https://derappell.de/>

**Kommt zur Ostermarsch-Kundgebung am Ostersonntag, 16. April 2022
um 9:30 Uhr zum Bahnhofsvorplatz**



Ute Schulz Ute Otremba Thomas Bartsch Dennis Migdal
0178-1575372 0152-06837632 0170-7088481